

Ausbildung von Asylbewerbern beschäftigt Berufsschüler

Kolping Bildungsagentur organisiert Diskussionsrunde mit Politikern – Forderung nach Anlaufstelle für Mobbing-Opfer

Landkreis – Wie kann eine ausreichende Ausbildung für Asylbewerber gewährleistet werden? Warum gibt es an der Berufsschule keine Anlaufstelle für Mobbing-Opfer? Diesen und anderen Fragen der Schüler stellten sich Landrat Wolfgang Rzehak, Miesbachs Bürgermeisterin Ingrid Pongratz und Kreishandwerksmeister Martin Heimgreiter im Rahmen einer Diskussionsrunde der Kolping Bildungsagentur Miesbach in der Aula der Miesbacher Berufsschule.

„Im Sozialkundeunterricht wurden Fragen gesammelt, die anschließend auf Zetteln festgehalten wurden“, sagte Jugendbildungsreferent und Veranstaltungsmoderator Michael Reindl vom Kolping Diözesanverband München-Freising. Die Zettel, auf denen zusätzlich jeweils einer der drei Ansprechpartner vermerkt war, befanden sich in



Den Fragen der Schüler stellten sich (v.l.) Ingrid Wildemann-Dominguez von der Standortmarketing-Gesellschaft, Kreishandwerksmeister Martin Heimgreiter, Moderator Michael Reindl, Bürgermeisterin Ingrid Pongratz und Landrat Wolfgang Rzehak.

FOTO: ANDREAS LEDER

einer Box, aus der die Schüler ziehen mussten. „Damit wollten wir vermeiden, dass der Schüler, wenn er das Mikro-

fon bekommt, so nervös wird, dass ihm nichts einfällt“, erklärte Brigitte Appelt von der Kolping Bildungsagentur.

Trotz einer gewissen anfänglichen Zurückhaltung seitens der Schüler wurden zahlreiche Fragen gestellt.

Zur Sprache kam dabei unter anderem die Ausbildungssituation der Asylbewerber. „Bestes Beispiel ist die Be-

rufsschule, wo es bereits eine Klasse für Asylbewerber gibt. Die Sprache ist der Schlüssel“, sagte Rzehak. „Das ist auch eine Chance für die heimische Wirtschaft, schließlich haben wir zahlreiche unbesetzte Lehrstellen.“ Die Sprache allein reiche jedoch nicht aus. „Da gehört auch die richtige Einstellung dazu und der Wille, den Beruf auszuüben“, sagte Heimgreiter.

Auch der Wille, eine Anlaufstelle für Mobbing-Opfer ins Leben zu rufen, sei da. „Wir haben bereits an Grund- und Realschule entsprechende Sozialpädagogen“, sagte Pongratz. „Ich halte das für sehr sinnvoll. Allerdings ist das auch eine Kostenfrage.“ Dies sei Aufgabe des Staates. Es könne nicht sein, dass immer mehr auf die Landkreise und Kommunen abgeschoben werde, waren sich Landrat und Bürgermeisterin einig. hb